MAGAZIN DES NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

MAI 2024

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

SCHWERPUNKT. EUROPA

Europa und unsere Gemeinden

© vchalup - stock.adobe.com

GESETZE & RICHTLINIEN

Wie sich die EU **in den Kommunen auswirkt**

REGIONALPROJEKTE DER EU

Keine Semmeln ohne Europa

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032903 M

ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ
NIEDERÖSTERREICH

NÖGEMEINDE
MAI 2024

SCHWERPUNKT. EUROPA

© Business Pics - stock.adobe.com

Die Arbeit der EU macht sich mittel- und unmittelbar in den Gemeinden bemerkbar. Daher sollte man alle Chancen zur Mitbestimmung nutzen.

04 Wo sich Europa in den Gemeinden auswirkt
Gesetze und Richtlinien, die Kommunen umzusetzen haben

08 EU-Parlament-Vizepräsident Othmar Karas
„Richtungsentscheidung zwischen Demokratie und Autokratie"

11 Europa-Gemeinderäte
Drehscheibe für Informationen zu Europa

12 Keine Semmeln ohne Europa
Wie Regionalprojekte der EU wirken

16 Ein Blick hinter die Kulissen der Union
Fach- und Bildungsreise des NÖ Gemeindebundes nach Brüssel

18 Rückblick und Ausblick
Was wurde aus dem Europa der Regionen?

20 Kommunale Finanzen
Düstere Aussichten für Europas Gemeinden

21 Nachbarschaftsfest statt Stacheldraht
Partnergemeinden über Staatsgrenzen

KOMMUNALINFO

22 Zuwanderung
Integration als Informations- und Beziehungsarbeit

© Stadtgemeinde Klosterneuburg/Zibuschka

AUS ERSTER HAND

WIR BRAUCHEN EUROPA

Rund 1000 Kilometer Wegstrecke und über neun Stunden reine Fahrzeit liegen zwischen den meisten NÖ Gemeinden und Brüssel. Und zwischen der EU-Verwaltung und der örtlichen Gemeindestube gibt´s auf den ersten Blick gar keine Verbindung!

Auf den zweiten Blick fällt uns dann aber doch die **LEADER-Region** ein oder auch so manches **Interreg-Projekt** bei uns. Und hat die EU nicht damals die **Roaming-Gebühren abgeschafft**, die uns bei der Fahrt in die Schweiz nach wie vor quälen? Auch die **EU-Flüchtlingsdeals und FRONTEX** an den EU-Außengrenzen zeigen Wirkung: Es sind kaum mehr Asylwerber in unseren Gemeinden zu spüren. Die Wettbewerbskommissarin – erinnerst Du Dich –hat einigen internationalen **Digi-Konzernen** in den letzten Jahren **mit Milliardenstrafen eingeheizt**. Österreich alleine wäre machtlos. Und im **Konzert der Weltmächte** China und Indien – mittlerweile beide 1.400 Millionen Einwohner, USA – 333 Millionen Einwohner und Russland mit 144 Millionen Einwohnern – kann halt auch nur die EU mit 448 Millionen Einwohnern entsprechendes **Gewicht entgegensetzen**.

Ein drittes Mal hingeschaut zeigt uns, dass auch in Zukunft ein **„gemeinsamer innerer und äusserer Schutzschirm Europa"** für unsere Sicherheit wichtig ist! Die Themen, die gemeinsame Regelungen und Standards innerhalb Europas brauchen, werden nicht weniger – Stichwort „Energie- und Mobilitätswende". Die internationalen Machtverhältnisse sind in Bewegung – Stichwort „Schutz vor Aggression von außen am Beispiel Ukraine" und auch unsere gewohnten Wertegerüste kommen zunehmend unter Druck – Stichwort „populistische oder extremistische Politikausformungen".

Dafür – und damit **ein vierter und letzter Blick** – braucht es **Menschen**, die Europa im zukünftig 720 Sitze umfassenden Parlament auch ein GESICHT geben. Ein Gesicht der VIELFALT und WELTOFFENHEIT aber auch ein Gesicht der BODENSTÄNDIGKEIT – den MENSCHEN und LEBENSREALITÄTEN verbunden. Als solche kenne ich **Alexander Bernhuber** und **Lukas Mandl** und als solche – ganz besonders auch den Gemeindeinteressen verbunden – haben wir sie auch bei unserer jüngsten Delegationsreise in Brüssel „live" erlebt.
Ich darf Dich daher ganz besonders ersuchen die beiden am 9. Juni und schon im Vorfeld der Wahl mit voller Kraft zu unterstützen!

Und jetzt eine motivierend interessante Lektüre unserer NÖ Gemeinde zum Thema Europa.

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT

SCHWERPUNKT. EUROPA

Wo sich **Europa in den Gemeinden** auswirkt

Es ist kein Geheimnis, dass sich die Europäische Union auf die Gemeinden auswirkt und von ihnen auch aktiv umgesetzt werden muss. Rund 70 Prozent des EU-Rechts betrifft die Gemeinden mittelbar oder unmittelbar, denn nicht nur Umwelt- und Vergaberecht sind lokal umzusetzen, auch das Binnenmarkt- und das Wettbewerbsrecht treffen die Gemeinden als Erbringer der Daseinsvorsorge, als Fördergeber und Datensammler. Daher kann ein Überblick über kommunalrelevantes EU-Recht immer nur an der Oberfläche kratzen, einen Versuch ist es dennoch wert. VON **DANIELA FRAISS** UND **HELMUT REINDL**

Abfallwirtschaft

Im Bereich der Abfallwirtschaft definiert die Abfallrahmenrichtlinie den Begriff des Siedlungsabfalls, was für die kommunalen Entsorgungsbetriebe nicht unerheblich ist. Bei der letzten Revision der Abfallrahmenrichtlinie sollten etwa betriebliche Siedlungsabfälle, also z. B. aus örtlichen Gewerbebetrieben, mengenmäßig beschränkt werden, was zu einer Marktöffnung in diesem speziellen Bereich und möglicherweise höheren Gebühren für Haushalte geführt hätte.

Aktuell verhandeln EU-Parlament und Rat eine weitere Revision, die sich auf Lebensmittel- und Textilabfälle konzentriert. Bei den Textilabfällen unterstützen die Kommunalverbände und die kommunale Abfallwirtschaft die Einführung der erweiterten Herstellverantwortung, wonach die durch Textilabfälle anfallenden Kosten von der Textilindustrie zu übernehmen sind. Da die Abfallrahmenrichtlinie jedoch nur den Überbau des Abfallwirtschaftsrechts bildet, sind die Gemeinden, ihre Betriebe und Abfallverbände natürlich auch an Verpackungsrichtlinie, Single-Use-Plastic Richtlinie, Deponierichtlinie, Klärschlammrichtlinie gebunden.

© LightyStranded - stock.adobe.com

Die durch Textilabfälle entstehenden Kosten sollen von der Textilindustrie übernommen werden.

Wasser

Wasserversorgung und Gewässerschutz sind hoch emotionale Themen. Auch hier sorgt EU-Recht für Mindeststandards.

Im Bereich der Wasserwirtschaft regelt die Trinkwasserrichtlinie Mindeststandards bei der Wasserversorgung, die Abwasserrichtlinie Standards für die Abwasserbehandlung. Wobei die im Grünen Deal initiierte Neuregelung auch die Energieeffizienz von Kläranlagen angeht, gesamtstaatlich müssen diese bis 2045 energieautark werden.
Es gibt aber viele andere Regelungen des Wasserrechts, die nicht in der unmittelbaren Verantwortung der Gemeinden liegen, mittelbar aber auf lokaler Ebene wirksam werden. An vorderster Stelle ist die Wasserrahmenrichtlinie zu nennen, deren Ziel ein ökologisch guter Gewässerzustand bis 2027 ist. Renaturierungsmaßnahmen und die Schaffung durchgängiger Fischlebensräume bilden ein Herzstück der Rahmenrichtlinie. Ergänzt wird sie von zahlreichen anderen Bestimmungen, wir der Badegewässerrichtlinie oder der Richtlinie über Qualitätsnormen für Oberflächengewässer, wo prioritäre Stoffe definiert werden, deren Konzentrationen nicht überschritten werden dürfen.
Am Ende spielen all diese Gesetze natürlich zusammen und sorgen schon jetzt für sehr hohe europäische Standards.

Die Verpflichtung zur Errichtung von Fischaufstiegshilfen ergibt sich aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

© Christine - stock.adobe.com

Energieeffizienz

Während der Bund seine Zielvorgaben aus der bereits in Kraft befindlichen Energieeffizienzrichtlinie nicht erreicht, wird in den Gemeinden laufend saniert und verbessert.
Die Revision der Energieeffizienzrichtlinie unter dem Grünen Deal bringt für die Gemeinden dennoch einige Herausforderungen. Erstens fallen ab 2025 auch öffentliche Gebäude im Eigentum der Gemeinden unter das 3-Prozent-Sanierungsziel (gemessen an der nationalen Gesamtgebäudefläche). Zweitens müssen sie sich auch an allgemeinen Energieeffizienzmaßnahmen der öffentlichen Hand im Ausmaß von jährlich 1,9 Prozent beteiligen. Spannend werden Abrechnung und Anrechnung, denn für ein faires, effizientes System braucht es eine einheitliche, leicht zu bedienende Datenbank, die nun innerhalb eines Jahres aufgebaut und gefüttert werden muss.

Gemeinden befassen sich seit Jahrzehnten mit dem Thema Energieeffizienz, da sie als Eigentümer öffentlicher Gebäude und insbesondere Schulerhalter ein ureigenes Interesse an einem effizienten Gebäudebestand haben.

Neben der Energieeffizienzrichtlinie spielt auch die Gebäuderichtlinie eine große Rolle. Sie umfasst den gesamten Gebäudebestand und ist insbesondere im öffentlichen Neubau relevant. Ab 2027 sind öffentliche Neubauten mit Solaranlagen auszustatten, ab 2028 können nur noch Nullemissionsgebäude errichtet werden (der Standard ist national zu bestimmen). Fossile Heizkessel dürfen ab 2025 nicht mehr gefördert werden, das Phase-out erfolgt bis 2040.

Jedes Jahr mindestens drei Prozent der Gesamtfläche aller Gebäude, die sich im Eigentum öffentlicher Einrichtungen befinden, saniert werden.

© Ingo Bartussek - stock.adobe.com

Wiederherstellung der Natur

Die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur war in den letzten Monaten sicher das kontroverseste Thema im EU-Gesetzgebungsprozess.

Grundsätzlich zum Schutz der Biodiversität und für die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme gedacht, schoss die Kommission über das Ziel hinaus und vergaß auf eine zufriedenstellende Einbeziehung der Hauptbetroffenen. Letztlich war der Widerstand v.a. aus Land- und Forstwirtschaft so groß, dass die Zustimmung der Mitgliedstaaten zum fertig ausverhandelten Text noch immer aussteht.

Die Wiedervernässung von Mooren, Grün- und Brachflächenvorschriften sowie eine EU-einheitliche Definition gesunder Wälder waren Auslöser des Widerstands. Städte und Gemeinden sind durch Bestimmungen über städtische Ökosysteme betroffen, die den Verkehr eindämmen und für mehr städtisches Grün, vor allem in Form von Baumüberschirmung sorgen wollen. Ob der zwischen Rat und Parlament ausverhandeltete Kompromiss jemals in Kraft tritt, liegt jetzt in der Entscheidung der Mitgliedstaaten, es braucht eine Zweidrittel-Mehrheit.

Die Mitgliedstaaten müssen bis 2030 mindestens 30 Prozent der Wälder, des Grünlands und von Feuchtgebieten von schlechtem in guten Zustand versetzen.

© phoildito - stock.adobe.com

Digitale Agenda

Auch wenn die Gemeinden keine Handlungsverpflichtung trifft, werden sie als Dateninhaber möglicherweise immer wieder mit Anfragen konfrontiert sein.

Der Data Act wiederum öffnet nicht nur bisher geschützte Bereiche bei IT-Produkten oder verbundene Dienste, sondern ermöglicht auch einen business-to-government Datenaustausch. Vorwiegend im Katastrophenfall kann die öffentliche Hand bei Bedarf und zur Abwehr Unternehmensdaten anfordern. Aber auch der AI-Act, das erste weltweite Gesetz zur Regelung künstlicher Intelligenz, betrifft die öffentliche Hand, wenn diese künstliche Intelligenz im Bildungswesen, bei der Personalauswahl, bei der Erbringung von Sozialdiensten oder anderer essenzieller Dienstleistungen nutzt. Dann müsste jeweils eine detaillierte Risikoanalyse durchgeführt und Aufsichts- und Beschwerdestellen eingerichtet werden.

Unter dem Überbegriff „Digitale Agenda" verbirgt sich auch für Gemeinden so einiges. Der „Data Governance Act" regelt den Zugang von Wirtschaft und Forschung zu sensiblen, etwa personenbezogenen Daten.

Der AI-Act betrifft die öffentliche Hand, wenn diese künstliche Intelligenz nutzt.

© peshkova - stock.adobe.com

Missstände

Verstöße sollen einfacher zu melden sein. Für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern oder mehr als 50 Mitarbeitern bedeutet das, dass sie zur Einrichtung eines internen Meldekanals verpflichtet sind. Für kleinere Gemeinden oder Gemeinden mit weniger Beschäftigten kann der nationale Gesetzgeber eine Ausnahme schaffen.

Mit der EU-Whistleblower-Richtlinie hat die Union auf das erhöhte Schutzbedürfnis von Hinweisgebern reagiert.

© Alina Rosanova - stock.adobe.com

KOMMUNAL•*WEBINAR*

ChatGPT und die Zukunft des Dialogs:

Revolutionäre Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Gemeinde

Donnerstag, 6. Juni 2024
09:30 – 11:00

Lernen Sie, wie Sie ChatGPT gezielt in der öffentlichen Verwaltung einsetzen, um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Ihrer Gemeinde zu revolutionieren. Die Experten vom Gemeinde-Servicezentrum bieten praxisnahe Tipps von den Grundlagen bis zur Anwendung.

GSZ Gemeinde Servicezentrum

Details und Anmeldung auf kommunal.at/webinare

Melden Sie sich dort auch direkt für unseren Webinar-Newsletter an, um keine Termine zu verpassen!

„Richtungsentscheidung zwischen Demokratie und Autokratie“

Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europaparlaments, über die Rolle und die Erfolge Niederösterreichs in der Europäischen Union und über seine Wertschätzung für die beiden Niederösterreichischen Kandidaten Lukas Mandl und Alexander Bernhuber. VON **OSWALD HICKER**

© Olivier Rateau, STOCK.ADOBE.COM

NÖ GEMEINDE: Herr Karas, die Österreicher sehen laut Eurobarometer die Europäische Union unter allen Bürgern der Mitgliedsstaaten am kritischsten. Ist der Österreicher ein Nörgler oder hat er sogar Recht mit seiner Einschätzung?

OTHMAR KARAS: Es gibt natürlich Verbesserungspotenzial, von der Entbürokratisierung bis hin zur Kommunikation. Ganz klar muss man aber sagen, dass Österreich einer der Hauptprofiteure der Mitgliedschaft bei der EU ist.
Wir sind durch die EU-Erweiterung vom Rand Europas ins Zentrum gerückt, was unserer Wirtschaftsentwicklung einen weiteren Schub verliehen hat. Und es geht darum, dass wir in Europa gemeinsam Herausforderungen bewältigen, die wir alleine nicht schaffen würden – wie Krieg auf europäischem Boden, Klimawandel, Migration, Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Diese Fülle an Herausforderungen überfordert viele Menschen, auch Politiker.
Wir brauchen jetzt den politischen Willen, diesen größten Transformationsprozess seit 1945 als Chance zu begreifen. Am wichtigsten sind jetzt Ehrlichkeit, Ernsthaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Denn wenn die Politik keine Lösungen anbietet, dann stärkt das die Ränder.

Viele Menschen in Österreich wissen gar nicht, welchen enormen Einfluss die Entscheidungen im EU-Parlament auf ihr Leben haben. Was läuft in der Vermittlung falsch?

Die Ergebnisse der letzten Eurobarometer-Umfrage zeigen, dass 70 Prozent der Bürger der Meinung sind, dass sich die EU auf ihr tägliches Leben auswirkt. Dieser Wert ist in den vergangenen fünf Jahren deutlich angestiegen. Das bedeutet, dass ein sehr großer Teil der Bürgerinnen und Bürger weiß und versteht, dass die in Brüssel und Straßburg getroffenen Entscheidungen von Bedeutung sind. Das

> **Nur sieben Prozent** des gesamten EU-Budgets fließen in die Verwaltung.

Lukas Mandl

© Martin Lahousse EPP-Press-Photo

Alexander Bernhuber

Othmar Karas: „In den letzten fünf Jahren waren wir drei Niederösterreicher in der ÖVP-Delegation, da lernt man einander natürlich gut kennen. Ich habe den Austausch mit Lukas Mandl und Alexander Bernhuber geschätzt: Mit Lukas Mandl zum Beispiel über Außenpolitik und den Kampf gegen Antisemitismus. Mit Alexander Bernhuber etwa über Landwirtschaft, wo er durch seine praktische Erfahrung einen großen Einblick bietet."

bedeutet natürlich nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger mit allem voll einverstanden sind – das bin ich auch nicht. Ich werde auch in Zukunft nicht ruhen und alles tun, um für Europa und die EU zu werben, sie zu erklären und zu vermitteln.

In den Gemeinden Niederösterreichs wurden ganz konkrete Projekte mit Finanzierung der EU umgesetzt. Einige davon stellen wir in dieser Ausgabe vor. Ein wichtiger Knoten zur Union sind hier die Leader-Regionen und Fördermittel. Wie gut ist Niederösterreich im internationalen Vergleich beim Lukrieren dieser Mittel?
Für jeden Euro, den Niederösterreich zum EU-Budget beiträgt, kommen drei Euro zurück. Sie können also davon ausgehen, dass das Land höchst erfolgreich dabei ist, wenn es darum geht, EU-Förderungen zu lukrieren. Österreich hat allein durch den Binnenmarkt das 36-fache an volkswirtschaftlichem Nutzen von seinen Beitragszahlungen.

Auch die Regionalförderung hilft bei der Umsetzung von Projekten in Niederösterreich. Was ist der Unterschied und wäre eine einheitliche Anlaufstelle für Projektwerber sinnvoll?
Die Leader-Programme haben einen landwirtschaftlichen Schwerpunkt und daher zu einem gewissen Teil ein anderes Zielpublikum als die klassische Regionalförderung. Eine effiziente Abwicklung der EU-Förderungen im Bereich der Regionalpolitik ist immer wünschenswert, aber ich denke, dass das aktuelle System gut integriert ist – das sieht man am Beispiel Niederösterreich.

Gibt es EU-Vorzeigeprojekte in Niederösterreich, die aus diesen Töpfen kofinanziert werden, die Ihnen einfallen?
Das grenzüberschreitende Gesundheitszentrum in Gmünd zum Beispiel ist ein schönes Projekt, das die Einigung und die Werte Europas sinnbildlich verkörpert. Es ist ein Vorzeigebeispiel für Gesundheitskooperation über Grenzen hinweg, das durch die Kohäsionspolitik ermöglich wurde und das die Gesundheitsversorgung, den Einsatz von Rettungsdiensten und die Lebensqualität im nördlichen Niederösterreich und in Südböhmen deutlich verbessern konnte. In der lange geteilten Stadt Gmünd/Ceské Velenice ist Europa ein Stück weit spürbar zusammengewachsen.

Die Entscheidungen des EU-Parlamentes haben zuletzt auch für Kontroversen gesorgt. Bei der EU-Gebäuderichtlinie etwa wurde befürchtet, dass Eigentum entwertet wird, bishin zum Nutzungsverbot. Oder beim EU-Renaturierungsgesetz schlagen Landwirte Alarm, weil sie ihr Ackerland verteidigen wollen. Wie weit soll die EU in Eigentumsrechte eingreifen um übergeordnete, erstrebenswerte Ziele zu erreichen?
Es geht bei beiden Dingen um Zielvorgaben, die zukünftig von den Mitgliedsstaaten erfüllt werden müssen. Wie und auf welchem Weg die Umsetzung geschieht, liegt in der Verantwortung der einzelnen EU-Staaten.
Zur Gebäuderichtlinie: Die Union schreibt keine persönliche Sanierungspflicht für Bürgerinnen und Bürger vor. Es sind generelle Zielvorgaben für den Gebäudebestand der Mitgliedstaaten vorgesehen. Die Richtlinie „enteignet" weder, noch führt sie zu einer „Verschlechterung" der Lebensbedingungen.
Zum Renaturierungsgesetz: Vom ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission, der mitunter praxisuntaugliche Vorschriften vorsah, ist das Verhandlungsergebnis weit entfernt.

Zwei Beispiele: Die Ernährungssicherheit wurde als zentrales Ziel der Verordnung festgelegt, um eine bezahlbare, gesunde und nachhaltige Lebensmittelproduktion in der Union sicherzustellen. Wiederherstellungsmaßnahmen in Natura-2000-Gebieten wird Vorrang geben, um unerwünschte Auswirkungen auf landwirtschaftliche Flächen zu vermeiden.

Niederösterreich war einer der starken Triebfedern eines Europas der Regionen. Was wurde aus dieser Idee und wie sehen Sie das Spannungsfeld zwischen Zentralstaaten und Regionen innerhalb der EU?
Ein Europa der Regionen ist Work in Progress. De facto leben wir es bereits vielfach, besonders stark in den deutschsprachigen Ländern der EU. Der Ausschuss der Regionen, quasi die Kammer der Bundesländer in Europa, hat eine wichtige beratende Funktion im Zusammenspiel der europäischen Institutionen und hilft auch dabei, das Gefühl für Europa in den Regionen zu stärken. Wir haben die EU-Förderungen bereits angesprochen: Davon profitieren Gemeinden und Regionen natürlich ungemein – und das ist auch gut so. Der EU-Haushalt ist ja für Investitionen bestimmt. Nur sieben Prozent des gesamten EU-Budgets fließen in die Verwaltung.

Wie stark ist die Stimme Niederösterreichs innerhalb der EU wahrnehmbar, auch verglichen zu anderen Regionen?
Niederösterreich hat eine starke Stimme im Kanon der europäischen Regionen, besonders wenn es um Themen wie Standortpolitik und Entbürokratisierung geht. Neben dem Ausschuss der Regionen engagiert es sich unter anderem auch in der Versammlung der Regionen Europas, das ist eine lohnende Plattform für zukunftsweisende Diskussionen, dort sind auch Regionen der Westbalkanstaaten, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs vertreten.

Das bringt uns zur bevorstehenden Wahl. Sie kennen die Spitzenkandidaten Niederösterreichs durch die Zusammenarbeit. Was schätzen Sie an Lukas Mandl? Und was sind die Stärken von Alexander Bernhuber?
Niederösterreich ist meine Heimat. Hier bin ich aufgewachsen, hier sind meine Wurzeln, hier konnte ich auch meine ersten politischen Schritte setzen.
In den letzten fünf Jahren waren wir drei Niederösterreicher in der ÖVP-Delegation, da lernt man einander natürlich gut kennen. Ich wünsche beiden nur das Beste für den laufenden Wahlkampf und die nächste Periode. Und ich hoffe natürlich auch, dass ich ihnen mit meiner Erfahrung etwas für ihren weiteren Weg mitgeben konnte. Ich habe den Austausch mit beiden geschätzt – in unterschiedlichen Bereichen. Mit Lukas Mandl zum Beispiel über Außenpolitik und den Kampf gegen Antisemitismus. Mit Alexander Bernhuber etwa über Landwirtschaft, wo er durch seine praktische Erfahrung einen großen Einblick bietet.

Sie selbst ziehen sich aus der EU-Politik zurück. Wie geht es mit Ihnen persönlich weiter?
Ich übe noch bis 16. Juli mit vollem Einsatz mein Mandat als Erster Vizepräsident des Europaparlaments aus und werde mich im Wahlkampf bis zur Europawahl voll engagieren und für eine Teilnahme an der Wahl werben.
Bei der Europawahl geht es um eine fundamentale Richtungsentscheidung. Die Mär, die Europawahl bedeute nichts, ist falsch und gefährlich. Denn es geht um viel, um Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft, Arbeitsplätze, Klima und Migration. Und in erster Linie geht es diesmal um die Stärkung der liberalen parlamentarischen Demokratie und des Zusammenhalts der konstruktiven Kräfte in der Mitte.
Es ist eine Richtungsentscheidung zwischen Demokratie und Autokratie. Die liberale Demokratie ist unter Druck – von außen und von innen. Manche stellen Polarisierung, Inszenierung und Schuldzuweisungen über die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Dieser Entwicklung müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

Reizt Sie eine Funktion in Österreich oder der EU – und was wäre das?
Ich bin ein politischer Mensch und das werde ich auch bleiben. Es geht mir dabei nicht um Funktionen oder Ämter. Ich möchte für Österreich und für Europa etwas bewegen, um Österreich und Europa stärker zu machen und voranzubringen.

„In erster Linie geht es diesmal um die **Stärkung der liberalen parlamentarischen Demokratie** und des Zusammenhalts der konstruktiven Kräfte in der Mitte."

Othmar Karas
Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments

„Ich werde auch in Zukunft nicht ruhen und **alles tun, um für Europa und die EU zu werben,** sie zu erklären und zu vermitteln."

EUROPA-GEMEINDERÄTE

Drehscheibe für **Informationen zu Europa**

Sie sind Gemeinderätin oder Gemeinderat und interessieren sich für Europa und die Europäische Union? Sie möchten besser über Vorgänge in Europa und in der EU informiert werden und dieses Wissen an die Bürgerinnen und Bürger Ihrer Gemeinde weitergeben? Dann werden Sie Europa-Gemeinderätin oder Europa-Gemeinderat.

VON **HELMUT REINDL**

Viele Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, wirken bis weit in die Gemeinden hinein. Bürgermeister und Gemeinderäte sind oft erste Ansprechpartner, wenn Bürgerinnen und Bürger Fragen zur EU haben. Das Außenministerium und die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich haben deshalb im Jahr 2010 die Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ ins Leben gerufen. Nun hat das Bundeskanzleramt die Federführung inne. Ziel der Initiative ist es, in möglichst vielen Gemeinden Gemeindevertreter dazu zu bewegen, Europa-Gemeinderat oder -Gemeinderätin zu werden. Derzeit gibt es österreichweit bereits über 1.600. Viele davon sind eng untereinander vernetzt und machen auch gemeinsame Projekte.

Europa spürbar machen

„Mir ist vor allem wichtig, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, was Europa eigentlich ist. Viele Menschen wissen ja gar nicht, was die EU ist und was sie uns bringt“, sagt Christian Pokorny, Europa-Gemeinderat in Purkersdorf. Dazu müsse man Europa in der Gemeinde spürbar machen.
„Viel von dem, was ich mache, ist Aufklärungsarbeit: Die Union bietet ja enorm viele Informationen, aber man muss sie finden und bündeln. Ich fasse Vieles davon zusammen und schicke es an die Schulen sowie in Form von Presseaussendungen an die Gemeinde, damit es von dort verteilt wird“, berichtet Pokorny. Aktuelle Projekte sind etwa eine Veranstaltung am Gymnasium und der Europa-Bus, der anlässlich der Europawahl in die Gemeinde kommt.

> Als meine wichtigste Aufgabe sehe ich es, mir einen Überblick zu verschaffen, **wo Europa etwas für die Menschen tun kann.**

Friederike Przibil
Europa-Gemeinderätin in Reichenau an der Rax

© BKA/ Florian Schrötter

Im April fand in der Nationalbiblitothek die Jahrestagung der Europa-Gemeinderäte statt, zu der auch EU-Kommissar Johannes Hahn,- Bundeskanzler Karl Nehammer und Europaministerin Karoline Edtstadler – hier im Bild – kamen.

Infos zur EU weitervermitteln

Friederike Przibil wurde in Deutschland geboren und lebt seit 20 Jahren in Österreich. 2020 kam sie in Reichenau an der Rax in den Gemeinderat und übernahm gleich die Funktion der Europa-Gemeinderätin, weil es ihr ein Herzensanliegen ist, das Thema „Europa“ in die Kommunalpolitik einzubringen. „Als meine wichtigste Aufgabe sehe ich es dabei, mir einen Überblick zu verschaffen, wo Europa etwas für die Menschen tun kann und das dann an die Bürgerinnen und Bürger weiterzuvermitteln.

Dabei ist es natürlich einerseits wichtig zu erfahren, welche Programme und Förderungen es seitens der EU gibt und anderseits muss man wissen, welche Projekte es in der Gemeinde gibt. Beruflich leitet sie ein Projekt für Betreutes Wohnen. „Daher finde ich es spannend, die Seniorengeneration – also Menschen, die das heutige Europa aufgebaut haben – und junge Leute – also Menschen, die bereits in die Union hineingeboren wurden – zusammenzubringen. Wenn das gelingt, entstehen oft wunderbare Gespräche und Synergien“, freut sich Friederike Przibil über ihre Erfolge.

Mehr Infos: **www.europagemeinderaete.at**

> Die Union bietet enorm viele Informationen, aber **man muss sie finden und bündeln.**

Christian Pokorny
Europa-Gemeinderat in Purkersdorf

REGIONALPROJEKTE DER EU

Keine Semmeln ohne Europa

Vom veganen Restaurant in einer ehemaligen Innenstadtruine, über Zeitreisen in die Vergangenheit der Region bis zu frischem Gebäck und Lebensmitteln im Dorfladen: Wir stellen EU-Projekte vor, die das Leben in Niederösterreichs Gemeinden besser machen.

VON **OSWALD HICKER**

Frisches Brot und Gebäck duftet, Obst und Gemüse aus regionaler Produktion leuchtet bunt aus den Verkaufskörben und in den Kühlungen warten frische Milchprodukte, Wurstwaren und Fleisch auf Kunden. Auch sonst findet man alles, was das Herz begehrt – aus regionaler Produktion und täglich frisch.

Fast meint man, in einem hippen Biosupermarkt im siebenten Wiener Bezirk zu sein. Doch der Markt steht nicht in Bobotown, sondern in der kleinen Gemeinde Schönkirchen-Reyersdorf. Wo sich sonst endlose Felder erstrecken und die Ölpumpen der OMV drehen, entstand ein Vorzeigeprojekt dafür, dass die EU nicht nur ein abstraktes Konstrukt ist, dass sich weit weg teils obskure Regeln einfallen lässt. Hier wurden Mittel der EU eingesetzt, um das Leben der Menschen im Ort mit einem handfesten Projekt besser zu machen.
Bürgermeister Alexander Gary: „Unser letzter Nahversorger hat 2021 geschlossen, weil er bedingt durch die Coronakrise aufgeben musste. Wir mussten uns als Gemeinde etwas überlegen. In einigen Kilometern Entfernung gibt es große Supermärkte, darum war der Standort für Ketten nicht interessant. Wir mussten also selbst eine Nahversorgung mit möglichst breitem Produktsortiment schaffen. Und es sollten regionale Produkte sein, um unsere Landwirte und Produzenten zu unterstützen. Wir stellen den Raum und die Infrastruktur zur Verfügung, und die regionalen Anbieter kümmern sich um die Waren. Bei jedem Verkauf verdient die Gemeinde 15 Prozent Provision. Wir haben im leerstehenden Pumpenhaus der Feuerwehr den geeigneten Platz direkt an der Hauptstraße gefunden. Wir haben einen Planer engagiert und sind mit dem Projekt zur Leaderregion und zu ecoplus gegangen, wo wir sehr gut betreut wurden. So ist es auch gelungen, dass

Der Dorfladen Schönkirchen-Reyersdorf bietet ein breites Sortiment an regionalen Produkten.

relativ hohe Fördermittel aus der EU in den Dorfladen geflossen sind.“

Erfolgskonzept LEADER

Der Dorfladen Schönkirchen Reyersdorf ist eines von vielen Beispielen in ganz Niederösterreich, in dem massive Fördersummen der EU stecken. Neben Agrarsubventionen für Landwirte oder Infrastrukturprojekte kümmern sich die LEADER-Regionen um kleine regionale Projekte. Zwischen 2014 und 2020 wurden allein in Niederösterreich 732 Leader-Projekte mit 40,3 Millionen Euro umgesetzt. Insgesamt wurden damit Investitionen von 65 Millionen ausgelöst.

Die Subventionen fördern Projekte in folgenden Bereichen:

- 25 % Tourismus
- 13 % Familien / Soziales
- 12 % Kultur
- 12 % Wirtschaft / Nahversorgung
- 11 % Naturschutz
- 11 % Freizeit / Barrierefreiheit
- 7 % Bildung
- 5 % Energie / Mobilität

Von der Schwarzatal-Radroute im Industrieviertel, der Internet-Plattform **kostbares-weinviertel.at**, der Holzerlebniswelt Ano lignum im Waldviertel bis zur Attraktivierung der „Urlaub am Bauernhof“ Angebote im Donauraum – all diese Projekte quer übers Land würde es nicht geben, gäbe es die EU-Förderschienen nicht.

Innenstädte werden belebt

Auch in Waidhofen an der Ybbs und drei weiteren Gemeinden an der Eisenstraße stecken EU-Gelder. Das geförderte Projekt nennt sich „Gründung findet Stadt“ und soll die Innenstädte beleben. Bürgermeister Werner Krammer: „Der Innenstadt gilt unsere volle Aufmerksamkeit. Wir konnten durch kluge Planung verhindern, dass ein Einkaufszentrum auf der grünen Wiese entsteht. Trotzdem gibt es die Herausforderung des Onlinehandels, aber der stellen wir uns und tun etwas. Wir haben einen Innenstadtkoordinator bestellt, einen Mietzuschuss und eine Fassadenaktion. Die Rolle von Städten und Gemeinden hat sich sehr geändert. Wir gehen sogar so weit, dass wir Immobilien kaufen, um diese entwickeln zu können. Aber jetzt ist es dieses Leader-Projekt „Gründung findet Stadt‘, das tolle Erfolge zeigt.“

Wie genau das Projekt die Innenstädte retten soll, erklärt Bettina Rehwald von der Leaderregion Eisenstraße: „Die Projektidee ‚Gründung findet Stadt‘ ist in Waidhofen entstanden.

“ Wir unterstützen Gründerinnen und Gründer, die sich **in einem Leerstand im Ortszentrum niederlassen.**

Bettina Rehwald
Geschäftsführerin der Leaderregion Eisenstraße

“ Die Rolle von Städten und Gemeinden hat sich sehr geändert. Wir gehen sogar so weit, dass wir **Immobilien kaufen, um diese entwickeln zu können.**

Werner Krammer
Bürgermeister von Waidhofen an der Ybbs

“ Dank LEADER und ecoplus ist es uns gelungen, dass **hohe Fördermittel aus der EU in den Dorfladen geflossen sind.**

Alexander Gary
Bürgermeister von Schönkirchen-Reyersdorf

Filmchronist Ernst Kieninger: „Die Filmchronisten zeichnen Ereignisse auf, die sonst nirgendwo aufgezeichnet sind, damit sie nicht verloren gehen. Wir haben seit 2020 hundert Beiträge in 30 Gemeinden der Region gestaltet. "

Wir unterstützen Gründerinnen und Gründer, die sich in einem Leerstand im Ortszentrum niederlassen. Die Jungunternehmer können ihre Geschäftsidee einreichen und sich um ein Gründerticket im Wert von 5.000 Euro bewerben. Dieses Geld kann man für Sach- oder Dienstleistungen im Bereich Foto, Marketing, Video und Ladenkonzeption verwenden. Wir haben Frisöre, Tätowierer, Blumenhändler, Agenturen unterstützt. Die Geschäftsideen sind vielfältig, vom Fahrradverleih bis zum veganen Restaurant. In der ersten Projektphase haben wir so 27 Gründer unterstützt, und jetzt in der zweiten Phase sind es 28. Darauf sind wir sehr stolz."

Kurzfilme zur Zeitgeschichte

Eine ganz andere Projektidee wurde mit EU-Hilfe in der Leader-Region Mostviertel Mitte umgesetzt. Hier halten professionelle Kamerateams die Zeitgeschichte der Region mit Dokumentationen fest.
„Die Filmchronisten" drehen Kurzfilme über alte Kulturtechniken, Menschen und Initiativen, um diese für die Nachwelt zu erhalten. Projektleiter Ernst Kieninger: „Die Filmchronisten zeichnen Ereignisse auf, die sonst nirgendwo aufgezeichnet sind, damit sie nicht verloren gehen. Wir haben seit 2020 hundert Beiträge in 30 Gemeinden der Region gestaltet. Diese kann man auf der Homepage **www.filmchronisten.at** anschauen. Wir binden die Bevölkerung von Anfang an in die Themenfindung ein. Das alles ließe sich ohne ein gesichertes Budget nicht realisieren. Und da sind wir sehr froh, dass die Leader-Region mit dem EU-Budget für regionale Entwicklung einen maßgeblichen Anteil der Finanzierung übernommen hat."
70 Prozent der Kosten kommen über das Leader-Projekt. Den Rest finanzieren die teilnehmenden Gemeinden. Dabei kommen zum Teil völlig vergessene Dinge der Alltagskultur wieder zum Vorschein. Etwa der Flachsanbau, der vor 70 Jahren in der Region betrieben wurde. Aus dem Flachs wurden Westen, Bettzeug oder Tischdecken gemacht. Es gibt sie noch, die Menschen, die sich dran erinnern können. Kieninger: „Wir haben in Annaberg eine Frau gefunden, die uns vom Anbau, über die Ernte, die Verarbeitung, das Verspinnen bis hin zum Webstuhl alles noch vorgeführt hat. Das war eine faszinierende Zeitreise. Es ist uns mehrmals gelungen, gerade noch rechtzeitig die Lebenserinnerungen von besonderen Menschen zu verewigen."
Leader-Obmann Anton Gonaus war vor fünf Jahren, als er die Projektidee sah, zuerst skeptisch: „Ich hab' gedacht, schon wieder ein Film, bin beim Nachdenken aber zu der Überzeugung gekommen, dass es eine Verpflichtung für unsere Generation ist, diese alten Ereignisse für die Nachwelt zu erhalten. Wir haben das Projekt gegründet und es den Gemeinden angeboten. Auf Anhieb waren gleich 16 Gemeinden begeistert und dabei. Pro Gemeinde und Film fallen Kosten von 1500 Euro an, der Rest wird von der EU gefördert. Die Filmteams sind alle aus der Region, das stützt Arbeitsplätze. Es sind wunderbare Filme geworden, die wirklich begeistern. Inzwischen sind schon Anfragen von anderen Leader-Regionen gekommen, die das Projekt ebenfalls umsetzen wollen. Unser

Anton Gonaus, Obmann der Leader-Region Mostviertel Mitte: „Ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass es eine Verpflichtung für unsere Generation ist, diese alten Ereignisse für die Nachwelt zu erhalten."

„Die Filmchronisten" drehen Kurzfilme über alte Kulturtechniken, Menschen und Initiativen, um diese für die Nachwelt zu erhalten. Im Bild: Dreharbeiten mit Jugendlichen in Traisen.

Projekt umfasst inzwischen 40 Gemeinden. Wie groß das Interesse an der eigenen Geschichte ist, zeigt das Beispiel Puchenstuben. Dort leben nicht einmal 300 Leute, bei der Filmpräsentation waren über 100 Leute anwesend."

Finanzielle Erfolge

Während die Erfolge der Filmchronisten in der Begeisterung liegen, hat die Gründerinitiative in Waidhofen auch sehr positive Auswirkungen auf die Gemeindekassen: 57 Betriebe in einstigen Leerständen beleben nicht nur die Zentren, sondern liefern auch Geld in Form von Kommunalabgaben ab. Auch Bürgermeister Gary aus Schönkirchen-Reyersdorf kann sich freuen, dass der Dorfladen ein stattliches Zubrot für die Gemeindekassa liefert. Mehr als so mancher Großkonzern.
Gary: „Derzeit nutzen rund 120 Menschen pro Tag das Angebot, das ganze Konzept ist aufgegangen und die Gemeinde verdient damit über Verkaufsprovisionen einen namhaften Betrag im Jahr. Das ist schon ebenbürtig mit den Einnahmen aus den Abgaben des größten Arbeitgebers, der OMV."

Rundum sorglos?
Wir übernehmen!

Der Maschinenring ist Ihr Partner, wenn es um professionelle Grünraumpflege und Forstdienste, um Baumkataster, Baumkontrolle und -pflege, Reinigungsdienste, Gartenbau oder zuverlässigen Winterdienst geht.
Unser Expertenteam ist gerne für Sie da.

Kontaktieren Sie uns!
Maschinenring-Service NÖ-Wien eGen
15x in ganz Niederösterreich
T 0 59060 300 **E** service.noe@maschinenring.at
www.maschinenring.at

Baummanagement · Forst & Energie · Gartengestaltung · Grünraumpflege · Reinigung · Winterdienst

Die Profis vom Land
Maschinenring

FACH- UND BILDUNGSREISE

Ein Blick hinter die Kulissen der Union

Gemeindemandatarinnen und -mandatare informierten sich in der „EU-Hauptstadt" über die Arbeit der Europäischen Union. VON **DANIELA LINAUER**

„Was genau in der EU beziehungsweise im Europäischen Parlament passiert, war mir nie ganz klar. Man hört viele Horrorgeschichten wie zum Beispiel von der „Gurkenkrümmung". Wie die Arbeitsabläufe dort funktionieren, wusste ich nicht" – so Alexander Gary, Bürgermeister der Marktgemeinde Schönkirchen-Reyersdorf.

So wie Bürgermeister Gary geht es vielen Österreicherinnen und Österreichern. Nirgends in Europa ist das Image der EU derart schlecht wie bei uns in Österreich.

Laut der aktuellen EURO-Barometer-Studie verbinden unter anderem

- 37 % der Österreicherinnen und Österreicher die EU mit „Geldverschwendung"
- 33 % der Österreicherinnen und Österreicher die EU mit „Bürokratie" oder
- 31 % der Österreicherinnen und Österreicher die EU mit „Verlust der kulturellen Identität"

Die Studie zeigt auch, dass mehr als die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher die Spitzenkandidaten für die Europa-Wahl nicht kennt bzw. nicht einschätzen kann, wofür diese stehen.

Fact-Finding-Mission in Brüssel

Aus diesem Grund machten sich mehr als 90 Gemeindemandatare aus ganz Niederösterreich auf Fact-Finding-Mission nach Brüssel auf. Der NÖ Gemeindebund organisierte für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Treffen mit Niederösterreichs Vertretern im EU-Parlament, um einen Blick hinter die Kulissen werfen zu können.

Am ersten Tag wurde die Delegation aus Niederösterreich von Vizepräsident Othmar Karas, sowie den Abgeordneten Alexander Bernhuber und Lukas Mandl empfangen. Erläutert wurde dabei, dass die Eckpfeiler für

> „Die Einblicke hinter die Kulissen ermöglichten uns nicht nur ein verbessertes Verständnis für die Mechanismen der EU-Gesetzgebung, sondern auch für die Rolle, die unsere Vertreter in diesem Prozess spielen."
>
> **Alexander Gary**
> Bürgermeister von Schönkirchen-Reyersdorf

Das Europäische Parlament in Brüssel.

ein gemeinsames Europa Mut und Ehrlichkeit sind. Weiters besprochen wurden wie wichtig die Zukunftsgestaltung durch junge Menschen ist und welchen Stellenwert Österreich in der Union hat.

Am zweiten Tag der Bildungsreise wurden die Gemeindemandatare durch das Europäische Parlament geführt und trafen den Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union („EU-Botschaft"), Thomas Oberreiter. Auch die vielfältigen Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte des Verbindungsbüros des Landes Niederösterreich unter der Leitung von Victor Vaugoin sowie des Österreichischen Gemeindebundes unter der Leitung von Daniela Fraiß wurden eingehend behandelt. Themen wie der digitale Euro, bilaterale Beziehungen und die belgische Präsidentschaft wurden durch Doris Rijnbeek, Leiterin der Österreichischen Nationalbank Repräsentanz Brüssel und dem Flämischen Gemeindebund abgedeckt.

Nach den Treffen und vor allem dem direkten Austausch mit den Abgeordneten hat sich auch das Bild für Bürgermeister Alexander Gary geändert: „Die spannenden Einblicke der Abgeordneten hinter die Kulissen ermöglichten uns nicht nur ein verbessertes Verständnis für die Mechanismen der EU-Gesetzgebung, sondern auch für die bedeutende Rolle, die unsere Vertreter in diesem Prozess spielen."

Für mich waren vor allem die Besichtigung des EU-Parlaments und des NÖ Verbindungsbüros sehr interessant und informativ. Trotz der bisherigen positiven Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft konnte ich aufgrund der Statements der EU-Abgeordneten Alex Bernhuber und Lukas Mandl sowie von Vizepräsident Othmar Karas diese Meinung noch vertiefen. Damit können wir zuhause jetzt noch besser für die EU argumentieren. Insgesamt ein äußerst positives Erlebnis, welches ich nicht missen möchte.

Josef Friedl
Bürgermeister von Kirchstetten

Tag eins im EU-Parlament war sehr informativ, die Vortragenden gingen auf Fragen ein und die Aufgaben der Abgeordneten sowie aktuelle Themen wurden kurzweilig dargestellt und klar vermittelt. Tag zwei im NÖ Verbindungshaus brachte viel Neues, das ich für zuhause mitgenommen habe. Auch der Besuch des Zentrums von Brüssel war für mich sehr beeindruckend!

Johann Lindner
Bürgermeister Scheiblingkirchen-Thernberg

Ich bedanke mich für die Möglichkeit zur Teilnahme an der Brüsselreise. Sie hat gewaltige positive Eindrücke hinterlassen. Eigentlich sollte sich jeder Österreicher, jede Österreicherin ein Bild von der tollen Arbeit machen, die unsere Abgeordneten in Brüssel machen.

Kurt Wittmann
Bürgermeister von Rabenstein an der Pielach

Die Bildungsreise gewährte uns tiefgreifende Einblicke in die Funktionsweise der EU-Politik. Der Höhepunkt dieser Reise war zweifellos der Besuch im EU-Parlament sowie die persönlichen Gespräche mit unseren Abgeordneten Othmar Karas, Lukas Mandl und Alexander Bernhuber. Ihre spannenden Einblicke hinter die Kulissen ermöglichten uns nicht nur ein verbessertes Verständnis für die Mechanismen der EU-Gesetzgebung, sondern auch für die bedeutende Rolle, die unsere Vertreter in diesem Prozess spielen. Vielen Dank für die einzigartige Möglichkeit, an dieser Reise teilnehmen zu dürfen.

Alexander Gary
Bürgermeister von Schönkirchen-Reyersdorf

Mit dem Besuch des Europäischen Parlaments bekommt man - zumindest war es bei mir so - eine Ahnung, wie groß die Europäische Union tatsächlich ist, und was an Arbeit dahintersteckt, um eine effiziente Verwaltung für alle Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Leider wird das von den Medien zu wenig gewürdigt. Es ist wichtig, kompetente Leute im Europäischen Parlament zu haben. Aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass ohne Lobbying nichts geht. Und so ist es sehr gut, dass das Land NÖ aber auch der Gemeindebund in Brüssel präsent sind. Die Vorträge im Verbindungsbüro waren sehr informativ. Das erleichtert bzw. unterstützt auch meine Arbeit als Gemeinderat.

Othmar Müller
Gemeinderat in Großkrut

RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Was wurde aus dem **Europa der Regionen?**

Niederösterreich hatte eine führende Rolle bei der Erfolgsgeschichte des Europas der Regionen. Der Regionalausschuss, die starke Stimme von Ländern und Gemeinden in der EU, steht aber vor Herausforderungen.

VON **OSWALD HICKER**

Es war ein historischer Triumphzug des bunten Europas der Regionen. Sprichwörtlich mit wehenden Fahnen zog am strahlenden 28. September 2016 eine Flaggenparade mit mehr als 500 Vertretern aus 337 Regionen und Städten der EU ins Brüsseler Regierungsviertel ein. An der Spitze des beeindruckenden Aufmarsches: Landeshauptmann Erwin Pröll. Unter den Arm geklemmt: Eine Petition, die von Ministerpräsidenten, Gouverneuren, Ministern und Präsidenten dieser 337 Regionen unterzeichnet wurde.
Grund für das Defilee: Das Tauziehen um das EU-Budget ab 2021. Schon fünf Jahre vor Inkrafttreten setzten Europas Regionen unter Führung Niederösterreichs alles daran, dass die Regionalförderung in der kommenden Budgetperiode nicht zusammengekürzt würden. Maßgebliche Kreise in Brüssel vertraten damals den Standpunkt, dass die Mittel der Regionalförderung anderswo besser eingesetzt werden könnten. Von den Nationalstaaten werden die Regionen in der Regel auch nicht immer mit voller Kraft bei der Umsetzung föderalistischer Interessen unterstützt. Und daher setzten die Regionen ein starkes Zeichen, übergaben eine Petition an den Vorsitzenden des Ausschusses der Regionen und die zuständige Regionalkommissarin.

Pröll einigte die Regionen

Lappen nördlich des Polarkreises, Schotten und Walliser im Westen, Transsylvanier im Osten bis hin zu den Bewohnern der französischen Übersee-Territorien Guyana und Guadeloupe – sie alle schlossen die Reihen hinter Niederösterreichs Landeschef und demonstrierten Stärke. Pröll gelang es Vertreter von mehr als drei Viertel aller EU-Bürger hinter sich zu einen. Schließlich übergab er das Ergebnis seiner Arbeit an die zuständige und sichtlich beeindruckte EU-Kommissarin Corina Cretu. In seiner Ansprache erklärte Pröll die Absichten seiner Initiative: „Ja, ab 2020 geht es um 350 Milliarden Euro, das ist sehr, sehr viel Geld. Es geht aber um mehr. Es geht um ein Signal, dass die Regionen Europas das starke Fundament sind, auf dem das Haus EU gebaut ist. Durch den Brexit, die Migration und die Terrorgefahr glauben viele, dass es nun wichtigeres gibt als EU-Regionalpolitik. Es wäre aber ein Trugschluss deswegen das Fundament des Zusammenhaltes zu gefährden.“

Nach Erfolg wurde es ruhig

Der Plan und die Initiative hatten Erfolg. Die Kommission ging mit ihren Budgetplänen wieder zurück an den Start und berücksichtigte die Regionalförderungsmittel wieder großzügig. In der aktuellen Förderperiode flossen wieder mehr als 40 Millionen Euro in Projekte der Regionalförderung nach Niederösterreich. Seither ist der mediale Fokus vom Europa der Regionen etwas abgerückt. Dabei wäre es höchste Zeit, auch für die kommende Förderperiode ab 2027 wieder medialen Rückenwind für die Interessen der Regionen in Europa zu

> **Meine Stimme gilt** genauso viel wie jene des Bürgermeisters von Florenz.
>
> **Bernadette Geieregger**
> Bürgermeisterin von Kaltenleutgeben und Ersatzmitglied im Ausschuss der Regionen

haben. Wieder geht es um Milliarden und wieder versuchen verschiedene Interessensgruppen in Brüssel am Kuchen der EU-Regionalförderungen zu naschen.

Bürgermeisterin und die Großstadtchefs

Hinter vorgehaltener Hand bestätigen Insider, dass der Druck auf die föderalistische Idee des Europas der Regionen zugenommen hat. Trotzdem stemmen sich Österreichs Delegationsmitglieder im Ausschuss der Regionen mit aller Kraft gegen den Trend. Westliche Bundesländer sind bei den vierteljährlich stattfindenden Sitzungen auf Landeshauptleute-Ebene vertreten, für Niederösterreich sitzt eine g'standene Bürgermeisterin im Gremium. Bürgermeisterin Bernadette Geieregger aus Kaltenleutgeben vertritt unser Bundesland in den Sitzungen des Ausschusses. Geieregger: „In den Sitzungen sitzen Kaliber wie der Bürgermeister von Florenz oder der Landeshauptmann von Südtirol. Da bin ich als Bürgermeisterin einer 3.300 Einwohner Gemeinde schon eher die Ausnahme. Trotzdem gilt meine Stimme genauso viel, wie jene des Bürgermeisters von Florenz.“
In den Sitzungen sind auch immer Mitglieder der mächtigen EU-Kommission anwesend. Obwohl der Ausschuss der Regionen nur beratende Funktion hat, findet Geieregger das Gremium trotzdem sinnvoll: „Ich habe schon das Gefühl, dass die Kommissare die Anliegen der Gemeinden und Regionen aufmerksam verfolgen. Sonst gibt es ja keine Möglichkeit für diese Einheiten, ihre Standpunkte zu äußern. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass wir wieder mehr Gewicht in die Waagschale werfen könnten. Der Vorsitzende der österreichischen Delegation ist der Landeshauptmann von Vorarlberg. Dementsprechend sind die Themen schwerpunktmäßig eher westlastig. Wir haben schon vorgeschlagen, dass der Europasprecher des NÖ Landtages eine gute Verstärkung für unsere Delegation wäre.“

Regionalförderung immer wieder gekürzt

Und eine Verstärkung der Stimme der Regionen in Europa wäre auch dringend notwendig. Der Regionalgedanke in Europa wird immer mehr von zentralstaatlichem Denken abgelöst. Wann immer die Kommission unter Von der Leyen zusätzliche Gelder, etwa für Hochwasserkatastrophen oder Corona-Förderungen gebraucht hat, wurden diese vom Regionalförderungs-Budget abgezweigt. Und derzeit sieht es so aus, als würde in der nächsten Gesetzgebungsperiode der EU-Regionalkommissar gänzlich abgeschafft. Ein Plan, den es mit den EU-Regionalfördermitteln schon lange gibt. Victor Vaugoin, Niederösterreichs Büroleiter in Brüssel: „Leider haben nur fünf Mitgliedsstaaten ein föderales System: Belgien, Italien, Spanien Deutschland und Österreich. In anderen gibt es ein vermehrt zentralstaatliches Denken, teilweise mit stärkeren Kommunen. Nicht allen Playern ist der regionale Gedanke gleich wichtig. Deshalb kann der Ausschuss der Regionen sein Potenzial auch nicht voll ausschöpfen. Theoretisch könnte im Trilog-Verfahren immer ein Vertreter des Ausschusses der Regionen dabei sein. Geschafft wurde das nur bei einer Handvoll Abstimmungen von ein paar hundert.“

© Oswald Hicker

Erwin Pröll im September 2016 in Brüssel. Dem niederösterreichischen Landeshauptmann gelang es, Vertreter von mehr als drei Viertel aller EU-Bürger hinter sich zu einen.

Neuer Anlauf geplant

Eine Renaissance des Europas der Regionen könnte sich aber abzeichnen. Obwohl namhafte Proponenten wie Erwin Pröll, Christoph Leitl oder Othmar Karas ihren politischen Zenit überschritten haben, ist ein neues Lebenszeichen des Ausschusses in Planung – unter maßgeblicher Beteiligung Niederösterreichs: Derzeit laufen Gespräche, dass Niederösterreich gemeinsam mit Bayern im November einen neuen Regionalgipfel veranstalten will. Allerdings abgespeckt, mit Vertretern von immerhin 60 Regionen statt 337 wie im September 2016. Trotzdem glaubt Victor Augain, dass eine neuerliche Initiative auch Erfolg haben könnte: „Es wäre auch unklug von Europa, die Regionen außen vor zu lassen. Denn 70 Prozent der EU-Gesetzesmaterie müssen auf regionaler Ebene umgesetzt werden.“

> **„Es wäre unklug von Europa, die Regionen außen vor zu lassen.** Denn 70 Prozent der EU-Gesetzesmaterie müssen auf regionaler Ebene umgesetzt werden.“
>
> **Victor Vaugoin**
> Leiter des Verbindungsbüro des Landes Niederösterreich in Brüssel

KOMMUNALE FINANZEN

Düstere Aussichten in Europas Gemeinden

In Europas Gemeinden kann aufgrund angespannter Finanzen kaum mehr investiert werden, die von der EU geforderten Investitionen in den grünen Wandel werden kurz- und mittelfristig nicht umsetzbar sein. VON DANIELA FRAISS

Nicht nur die österreichischen Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand, auch in Deutschland, Schweden, Lettland und Großbritannien ist die Situation mehr als angespannt.

In den **Niederlanden** wurden die Gemeinden durch die Wahlen gerettet, da eine von der Regierung Rutte auf den Weg gebrachte Mittelkürzung vorerst auf Eis liegt. Wenn die angedrohte Kürzung im Ausmaß von drei Milliarden Euro kommt, wird sich in den Niederlanden jedoch eine Investitionslücke von ca. 2,4 Milliarden pro Jahr auftun. Und das angesichts eines Wohnungsnotstands, mit landesweit fast 400.000 fehlenden Wohnungen.

In **Deutschland** gibt es einen kommunalen Investitionsrückstau von 166 Milliarden Euro, die notwendigsten Investitionen betreffen Schulen und Straßen. Da 2024 mit einem strukturellen Minus gerechnet wird, werden Investitionen weiter aufgeschoben, Infrastruktur wird vielerorts mehr schlecht als recht am Leben erhalten. Inflation und ein hoher Gehaltsabschluss im öffentlichen Dienst sind wie in Österreich weitere Kostentreiber im laufenden Betrieb.

Auch in **Schweden** herrscht Alarmstimmung. Ein Drittel der Gemeinden wird einen negativen Jahresabschluss vorlegen, Inflation, Löhne und Pensionen sind die größten Kostentreiber im laufenden Betrieb. Die Mehrheit der Gemeinden finanziert diesen über Rücklagen und versucht, Effizienzpotenziale zu nutzen. Dennoch wird es vielerorts nicht ohne Steuererhöhungen gehen. Die Bauwirtschaft steht vor dem Stillstand, aufgrund der explodierenden Kosten werden derzeit keine öffentlichen Bauprojekte geplant. Der Zentralstaat beteiligt sich auch in jenen Gemeinden nicht an Infrastrukturkosten, wo Großprojekte von europäischem Interesse (etwa Batteriefabriken) umgesetzt werden, was die Errichtung von Wohnraum, Schulen und Kindergärten gefährdet.

© DR pics - stock.adobe.com

Hafenort in Mecklenburg-Vorpommern. In vielen Gemeinden müssen Investitionen verschoben werden.

In **Lettland** kappte der Finanzausgleich die frei verfügbaren Zuweisungen, was selbst wohlhabende Gemeinden hart trifft. Staatlich verordnete Aufgaben sind latent unterfinanziert, als Beispiele wurden die verpflichtende Anschaffung von Elektrobussen oder die Erhöhung des Mindestlohns genannt.

Brexit-Versprechungen nicht bewahrheitet

Und selbst, wenn **Großbritannien** nicht mehr EU-Mitglied ist, zeigt ein Blick in die englischen Gemeinden, dass sich die Versprechungen des Brexit so gar nicht bewahrheitet haben. Mit den Gemeinden geht es seit der Regierung Cameron finanziell stetig bergab. Birmingham erklärte sich Ende 2023 zahlungsunfähig, Nottingham folgte wenig später und ist nicht mehr in der Lage, die wichtigsten kommunalen Dienstleistungen zu finanzieren. Für dieses Jahr befürchten 50 Prozent der englischen Councils, ihren wichtigsten finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können.

MAG. DANIELA FRAISS
leitet das Büro des Österreichischen Gemeindebundes in Brüssel

GRENZÜBERSCHREITENDE KOOPERATION

Nachbarschaftsfest statt Stacheldraht

Wo einst der eiserne Vorhang war, wird heute grenzüberschreitend gefeiert. Das Beispiel Moorbad Haarbach zeigt, wie das Friedensprojekt EU unser Niederösterreich verändert hat und wie Gemeinden diesseits und jenseits der Grenze vom Kleinprojektefonds profitieren. VON **DANIELA LINAUER**

Ende April ist es mit 2,5 Grad noch recht kühl im Waldviertel, wir machen dennoch einen Lokalaugenschein in der wunderschönen Marktgemeinde Moorbad-Harbach und treffen uns mit Bürgermeisterin Margit Göll direkt an der Staatsgrenze zur Tschechischen Republik.
An der Wiese, wo wir stehen, fahren Kurgäste auf Fahrrädern zwischen Waldviertel und Tschechien umher oder spazieren in den nächstgelegenen Ort über die Grenze. Informationstafeln und der Meilenstein des Friedens lassen erahnen, dass wir uns direkt an der Staatsgrenze befinden.
364 Tage im Jahr ist es „nur“ eine Wiese. Aber einmal im Jahr wird dort grenzüberschreitende Freundschaft gelebt. Mit Blasmusik und gutem Essen wird jedes Jahr die Gemeinschaft über die Staatsgrenzen hinaus gefeiert. „Genau hier feiern wir seit über 30 Jahren unsere Freundschaft mit der Gemeinde Horni Stropnice“, so Margit Göll. Nicht nur das Grenzfest zeigt die besondere Partnerschaft auf. Auch gemeinsam erschaffene Projekte wie zum Beispiel die Aussichtsplattform am Nebelstein oder die Neugestaltung eines zweisprachigen Themenweges schweißt die Gemeinden zusammen und unterstreicht die Freundschaft zueinander.
All diese Projekte müssen aber auch finanziert werden. Dazu ist es notwendig, einen Partner an der Seite zu wissen, der diese Vorhaben nicht nur finanziell, sondern auch beratend unterstützt. In Niederösterreich gibt es dazu zum Beispiel den Kleinprojektefonds (KPF) der NÖ.Regional GmbH. Der Fonds fördert Projekte zur Begegnung von Menschen in Nachbarstaaten sowie von grenzüberschreitenden kleinen Kultur- und Tourismusprojekten.

Folgende Voraussetzungen sind unter anderem für eine Förderung notwendig:

- gemeinsame Projektvorbereitung und -umsetzung sowie zusätzlich gemeinsame Finanzierung und/oder Personal
- grenzüberschreitende Wirkung der Projekte
- Förderquote: 80 % EFRE-Mittel (aus dem Programm Interreg AT–CZ) 20% Eigenmittel bzw. nationale Kofinanzierung
- Projektgesamtkosten: max. 30.000 Euro (KPF – People-to-people) max. 50.000 Euro (KPF - Kultur und Tourismus)

Ein Rückblick zeigt: Im Zeitraum 2017 bis 2022 wurden über 90 Kleinprojekte in Niederösterreich durch den KPF gefördert.
Zurück im beschaulichen Waldviertel am Fuße des, passend zum Wetter, Nebelsteins findet Margit Göll wichtige Worte: „Durch unsere Gemeindepartnerschaft können positive Veränderungen und Fortschritte in vielen gesellschaftlichen Bereichen erreicht werden. Unser nächstes Projekt steht schon in den Startlöchern.“ Welches Projekt das genau ist, will uns Margit Göll noch nicht verraten, dennoch wird es wieder auf dem wichtigsten Grundpfeiler erschaffen: Gemeinschaftliche Zusammenarbeit und Engagement über die Staatsgrenzen hinweg zum Wohl der Gesellschaft.

© Gemeinde Moorbad-Harbach

oben links: Am Nebelstein wurde gemeinsam eine Aussichtsplattform errichtet.

oben: Über die Grenzen hinweg auf gute Nachbarschaft: Bürgermeisterin Margit Göll mit ihrem Amtskollegen aus Horní Stropnice, Václav Kučera.

ZUWANDERUNG

Integration als **Informations- und Beziehungsarbeit**

Niederösterreich ist das Land der Vereine und der Freiwilligenarbeit in Feuerwehren, Sportvereinen und Sozialorganisationen. Staatliche Strukturen, die Eigenleistung von Zuwanderinnen und Zuwanderern sowie Freiwilligenvereine bieten eine gute Basis für erfolgreiche Integrationsprozesse von Menschen mit Migrationsbiografie in der Aufnahmegesellschaft.

© Stadtgemeinde Klosterneuburg/Zibuschka

In vielen Gemeinden – wie hier für Klosterneuburg – gibt es bereits Willkommensmappen für neue Bürgerinnen und Bürger.

Von den derzeit 1,7 Millionen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern sind 16,3 Prozent ausländischer Herkunft. Viele Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sind gut in die kleinräumigen Gemeindestrukturen integriert. Vor allem dort, wo es eine gute Kooperation und aktive Zusammenarbeit zwischen Integrationsfachstellen und -beauftragten, integrationsrelevanten Institutionen und lokalen Vereinen bzw. ehrenamtlichen Initiativen vor Ort gibt.
Neben den vielen Handlungsfeldern der Integration – wie Bildung, Arbeit, Wohnen oder den Werten, ist dabei Sprache der entscheidende Faktor. „Die Sprache ist der Schlüssel. Wer die deutsche Sprache nicht beherrscht, der wird oftmals Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz und eine Wohnung zu finden oder ein Netzwerk aufzubauen, welches über die eigene Gemeinschaft hinausgeht“, erklärt Murat Düzel, der in der Koordinationsstelle für Integrationsangelegenheiten des Landes Niederösterreich tätig ist.

Willkommensmappe als Basis zur Orientierung

Laut Düzel gestalten die Gemeinden dabei die Integrationsprozesse vor Ort entscheidend mit – finden doch die konkreten Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationsbiografie in den Kommunen statt. Hier werden Integrationserfolge, aber auch Misserfolge unmittelbar sichtbar.
Um einen Start in die neue Heimat mit einer ersten groben Übersicht über die Gegebenheiten der Gemeindestrukturen zu geben, haben sich in den letzten Jahren sogenannte „Willkommensmappen“ bewährt. Über diese dürfen sich neu Hinzugezogene beispielsweise auch in Klosterneuburg – gekoppelt mit einer Online-Plattform – freuen. Die Mappe kann als Basis, als Grundlage zur Orientierung angesehen werden, lebt aber gleichzeitig von den Menschen, die sie vermitteln, denn damit Integration funktioniert, braucht es beide Seiten, so Düzel: „Integration ist keine Einbahnstraße! Neben der Offenheit und Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft braucht es zugleich eine Integrationsbereitschaft aufseiten der Zuwanderinnen und Zuwanderer. Für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben bedarf es von Jedermann und Jederfrau ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat und zur Demokratie, zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, zur Gewaltfreiheit, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie zu anderen Grundwerten, die für die Gesellschaft in Österreich prägend sind. Regeln müssen beachtet, Verstöße gegen die Grundwerte unserer

Aufgaben der Koordinationsstelle für Integrationsangelegenheiten:
https://noel.gv.at/noe/SozialeDienste-Beratung/Integration.html

Verfassung zwingend und konsequent verfolgt werden – die Herkunft und Kultur der Betroffenen darf dabei keine Rolle spielen.“

Vereine als Katalysator für Integrationsprozesse

Blaulichtorganisationen wie die Feuerwehren und das Rote Kreuz, aber auch diverse Sport-, Musik- oder Kulturvereine sind in der Kommune für den Aufbau sozialer Beziehungen und als Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für den Integrationsprozess von Zuwandern von immenser Bedeutung: „Ohne soziale Kontakte mit Einheimischen können in Kursen erworbene deutsche Sprachkenntnisse sich nicht verankern und vertiefen. Bei den Blaulichtorganisationen gibt es viele Möglichkeiten für zugewanderte Menschen, die deutsche Sprache zu üben und zu festigen“, sieht Düzel die Vorteile in den Vereinsstrukturen und ergänzt: „Die Mitwirkung in einem Verein schafft sozialen Zusammenhalt und wirkt damit als erfolgreicher Katalysator für Integrationsprozesse. Wichtig sind das persönliche Gespräch und das ‚einander Kennenlernen'. Denn Gespräche schaffen Basis für Vertrauen – und daraus entstehen Kameradschaften und schließlich Freundschaften.“ Gleichzeitig bieten die Vereine auch die Gelegenheit für die Einheimischen, vieles über den kulturellen Hintergrund von den Zuwanderinnen und Zuwanderern zu erfahren.

Zeitnahe Adaptierung des Integrationskompasses

In einer perfekten Welt wäre eine gleichmäßige Aufteilung auf die geografischen und sozialen Räume wohl die beste Basis, für eine optimale Integration zu sorgen. Doch vor allem im Ballungsraum um Wien gibt es derzeit den größten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Die Tatsache, dass zugewanderte Minderheiten sich sehr stark in bestimmten Regionen, Städten und Stadtvierteln konzentrieren, kann bei Alteingesessenen zu Entfremdungseffekten, zu einem Nicht-mehr-zu Hause-Fühlen in der eigenen Heimat, führen. Düzels Empfehlung: „Aufgrund der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen durch die vielen Kriege und gesundheitlichen Krisen müssen wir den Integrationskompass zeitnah adaptieren und angleichen, damit ein Miteinander weiterhin möglich ist. Wir, die Aufnahmegesellschaft, müssen weiterhin kommunizieren, was wir von den Menschen, die zu uns kommen, erwarten.“ Als Basis gilt für Düzel dabei neben dem funktionierenden Miteinander auch ein zivilisiertes Nebeneinander in der Gemeinschaft.

> **„Bei den Blaulichtorganisationen gibt es viele Möglichkeiten** für zugewanderte Menschen, die deutsche Sprache zu üben und zu festigen.“

Murat Düzel
ist in der NÖ Landesregierung in der Koordinationsstelle für Integrationsangelegenheiten tätig

VPNÖ-KLUBKLAUSUR

Wirtschaft, Energie, Familien und Budget **im Fokus**

Klubobmann Jochen Danninger bei der Klubklausur

Am 16. und 17. April trafen sich das Spitzenteam rund um Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die Landtagsabgeordneten und Bundesräte der Volkspartei NÖ in Mauerbach (Bezirk St. Pölten) um weitere inhaltliche Weichen im Arbeitsjahr 2024 zu stellen.

Klubobmann Jochen Danninger hat bei der Klausur klargestellt, dass für die Volkspartei NÖ dieses Jahr ganz im Zeichen des Arbeitsübereinkommens steht und man dieses Punkt für Punkt abarbeiten wird. „Egal ob Wirtschaft, Energie, Familien oder Budget – es gibt in allen Bereichen wichtige Projekte und Maßnahmen, die auf unsere Umsetzung warten“, so Klubobmann Danninger.

Zu Gast an den zwei Tagen waren auch Bundeskanzler Karl Nehammer, die beiden Sicherheitsminister Klaudia Tanner und Gerhard Karner sowie die beiden Europaabgeordneten Lukas Mandl und Alexander Bernhuber. Diesen wurde dort auch die klare Unterstützung für die beiden Wahlgänge in diesem Jahr – Europa- und Nationalratswahl – ausgesprochen.

Dazu betont Klubobmann Danninger: „Europa ist für uns zu wichtig, als dass wir es Chaoten oder Träumern überlassen. Wir brauchen ein Europa der Realisten, Ein Europa des Hausverstandes. Vor allem aber ein Europa, dass sich auf seine Kernaufgaben Friede, Freiheit und Wohlstand konzentriert. Dafür stehen unsere beiden Europaparlamentarier“

„Sicherheit war eines der bestimmenden Themen der letzten Monate und brennt vielen unter den Nägeln. Mit unseren beiden Sicherheitsministerin Klaudia Tanner und Gerhard Karner sind wir in diesem Bereich hervorragend aufgestellt, und unsere Landsleute sind bei ihnen in den besten Händen. Damit das auch in Zukunft so bleibt, unterstützen wir sie in den nächsten Monaten mit unserer ganzen Kraft“, so Klubobmann Danninger.

> **Für uns ist 2024 ein Arbeitsjahr.** Wichtige Projekte für Land und Landsleute warten auf unsere Umsetzung.
>
> **Jochen Danninger**
> Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs

WIEN ENERGIE

Gemeinsam für eine **klimafreundliche Zukunft**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird immer wichtiger, um die Klimaneutralität in Österreich bis 2040 zu erreichen. Energiegemeinschaften spielen dabei eine wichtige Rolle. Doch warum ist gerade jetzt der ideale Zeitpunkt, eine solche Gemeinschaft zu gründen?

© Wien Energie / Fotobyhofer

Energiegemeinschaften bequem online mit Wien Energie gründen.

© Wien Energie/Christian Hofer

Mit dem digitalen Dashboard von Wien Energie können Stromerzeugung und -verbrauch der eigenen Energiegemeinschaft abgerufen werden.

Energiegemeinschaften sind innovative Zusammenschlüsse aus Privatpersonen, Unternehmen und Gemeinden. Sie zielen darauf ab, lokal erzeugten, erneuerbaren Strom zu teilen, zu speichern und zu nutzen.

Abhängigkeit vom Energiemarkt reduzieren

Durch die eigenständige Energieproduktion innerhalb der Energiegemeinschaft wird die Abhängigkeit vom Strommarkt reduziert. Darüber hinaus ermöglicht die gemeinschaftliche Nutzung von überschüssiger Energie eine attraktive Preisgestaltung für alle Beteiligten.

Energiegemeinschaften einfach gründen

Mittlerweile ist es sehr unkompliziert, eine Energiegemeinschaft in Österreich zu gründen. Über 3.000 Erneuerbare Energiegemeinschaften gibt es bereits in Österreich, Tendenz steigend. Auf **wienenergie.at/gemeinsam** kann jederzeit online eine Energiegemeinschaft gegründet werden. Auch Verträge werden schnell und einfach digital abgewickelt.

Langjährige Erfahrung von Wien Energie

Wien Energie hat bereits 2017 mit dem Forschungsprojekt **Urban Pioneers Community** im Viertel Zwei in Wien-Leopoldstadt eine der ersten Energiegemeinschaften Europas umgesetzt und damit den Grundstein für das heutige Leistungsspektrum gelegt. Mittlerweile betreut Wien Energie etliche Energiegemeinschaften von der Gründung bis hin zu umfassenden Dienstleistungen wie energiewirtschaftlicher Konzeption und Abwicklung der technischen Prozesse. Laufende Administration wie Vertragsmanagement und die transparente Abrechnung innerhalb der Standorte können ebenso von Wien Energie verwaltet werden.
Alle Informationen hier:
wienenergie.at/gemeinsam.

Überschuss einspeisen und profitieren

Wer eine Photovoltaik-Anlage hat und die erzeugte Sonnenenergie nicht komplett verbraucht, kann den Überschuss auch ins öffentliche Stromnetz einspeisen. Mit dem SonnenStrom-Tarif von Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG bekommen Sonnenstrom-Erzeuger*innen aktuell 12,0448 Cent pro Kilowattstunde.

Mehr Informationen unter
wienenergie.at/sonnenstrom.

Information

wienenergie.at/gemeinsam

TREFFEN

Landeshauptleute-Konferenz **in St. Pölten**

© NLK

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner begrüßte ihre Amtskollegen vor dem Landtag in St. Pölten.

Mit Jahreswechsel übernahm Niederösterreich den halbjährlich wechselnden Vorsitz der Landeshauptleute-Konferenz von Kärnten. Die vergangene Konferenz in St. Pölten war von den Schwerpunkten Ehrenamt, Europa, Eigentum und den Kampf gegen den Antisemitismus geprägt.

„Der Antisemitismus hat bei uns keinen Platz – egal ob er von links, von rechts oder muslimisch geprägt ist. Das wollen und werden wir nicht akzeptieren. Auf Initiative Niederösterreichs und von allen Bundesländern mitgetragen wollen wir, dass alle Schülerinnen und Schüler sowie auch alle Personen, die die Staatsbürgerschaft anstreben, mindestens einmal ein jüdisches Museum oder eine Gedenkstätte besuchen sollen“, betont die Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.
Rund 3,5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher engagieren sich im Freiwilligenwesen.
„Österreich ist ein Land, in dem wir aufeinander schauen, und das zeigt sich vor allem auch im Ehrenamt“, führt die Landeshauptfrau weiters aus. Mittlerweile sind rund die Hälfte der Freiwilligen im informellen Freiwilligenwesen tätig. Für diese gibt es aber oft keinen Versicherungsschutz, weshalb sich die Landeshauptleutekonferenz nun einstimmig dafür ausgesprochen hat, den Sozialminister zu Verhandlungen einzuladen, an einem bundesweiten Versicherungsschutz für das informelle Freiwilligenwesen und einer gemeinsamen Finanzierung zu arbeiten.
Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Thema Europa zu. Es ist wichtig, dass Europa im weltweiten Vergleich wettbewerbsfähig bleibt, wobei hier für unsere Landeshauptfrau eines klar ist: „Für uns in den Regionen ist ein starkes Europa von großer Bedeutung. Wir haben hier aber auch eine klare Forderung: Wir brauchen ein Europa, das mehr performt und weniger vernormt.“
„Beim Thema Eigenheim ist in den letzten Wochen einiges gelungen, wie beispielsweise durch das Wohnbau-Paket des Bundes oder die ersten Lockerungen der KIM-Verordnung – aber auch hier werden wir nicht locker lassen und weiterhin die komplette Streichung der KIM-Verordnung fordern“, betont Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.
Abschließend betonte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner den konstruktiven, wertschätzenden und positiven Zugang der Landeshauptleute: „Wenn es darum geht, dass alle an einem Strang ziehen, dann ist die Landeshauptleute-Konferenz das beste Beispiel.“

> „Österreich ist ein Land, in dem wir aufeinander schauen, und **das zeigt sich vor allem auch im Ehrenamt.**“
>
> **Johanna Mikl-Leitner**
> Landeshauptfrau

UNTERSTÜTZUNG

Hilfswerk: **Partner in der Kinderbetreuung**

Das Hilfswerk bietet „Full Service" im Bereich der flexiblen und bedarfsorientierten Kinderbetreuung und unterstützt so die Gemeinden in Niederösterreich.

Die flexible Gestaltung von Kinderbetreuung wird für Familien heute immer wichtiger. „Das Hilfswerk ist verlässlicher Partner mit jahrzehntelanger Erfahrung und unterstützt nicht nur die Familien, sondern vor allem die Gemeinden!", bekräftigt Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer. „Wenn es um Kinderbetreuung geht bieten wir mit Tageseltern und institutionellen Betreuungseinrichtungen viele Möglichkeiten." Neben der hohen Qualität in Pädagogik und Administration kann das Hilfswerk flexibel auf sich ändernde Bedürfnisse eingehen und berücksichtigt die individuellen Anforderungen der Gemeinde. Die Kostenstruktur ist transparent und langfristig kalkulierbar. Die Erfahrung macht sicher: Fast 4.000 Kinder werden vom Hilfswerk betreut – teilweise in Gruppen, teilweise von selbstständigen Tageseltern.

Welche Vorteile haben die Gemeinden, wenn sie bei der institutionellen Kinderbetreuung mit dem Hilfswerk kooperieren? Das Hilfswerk bietet Full Service: umfassende Beratung, Erstellung eines Finanzkonzeptes, Mitarbeiterauswahl und -führung, pädagogische Qualitätssicherung, Diensteinteilung, Abrechnung und vieles mehr. In allen Einrichtungen wird nach einem klaren pädagogischen Konzept gearbeitet: Im Mittelpunkt stehen das soziale Lernen, altersgerechte Förderung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Alles andere (wie etwa die Öffnungszeiten) wird individuell gestaltet, ganz nach dem konkreten Bedarf in der Gemeinde. Regelmäßige Betreuung in Gruppen bietet das Hilfswerk übrigens für Kleinkinder, Kindergartenkinder und Schulkinder an.

© Hilfswerk NÖ/Rudolf Schmied

Im Mittelpunkt stehen das soziale Lernen, altersgerechte Förderung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung.

© Hilfswerk NÖ/Rudolf Schmied

Ganz individuell wird auf die Bedürfnisse jedes Kindes eingegangen, und die zeitliche Flexibilität ist eine große Unterstützung für die Eltern.

Mit der Betreuung durch Tageseltern bietet das Hilfswerk eine flexible Alternative. Was bringt den Gemeinden dieses Betreuungsform? Die Kinderbetreuung durch Tageseltern ist familiär, pädagogisch hochwertig und vor allem für ganz kleine Kinder bestens geeignet. Ganz individuell wird auf die Bedürfnisse jedes Kindes eingegangen, und die zeitliche Flexibilität ist eine große Unterstützung für die Eltern. Für die Gemeinden bietet die Betreuung einen unschlagbaren Vorteil: es muss keine zusätzliche Infrastruktur aufgebaut werden! Darüber hinaus gibt es für regionale Betriebe die Möglichkeit von Betriebstageseltern.

Info

In der Hilfswerk Akademie bietet das Hilfswerk pädagogische Berufsausbildungen:

- Kinderbetreuer*in im nö. Landeskindergarten und Hort
- Tagesmutter/-vater und Betriebstageseltern
- Betreuer*in in NÖ Tagesbetreuungseinrichtungen (TBVO)

Die nächsten Ausbildungskurse:

- 15. September 2024 in St. Pölten
- 24. September 2024 in Korneuburg

TIPP: Bei ausreichend Bedarf können wir auch zusätzliche Kurse im geblockten Format für Gemeinden durchführen! Wir beraten Sie gerne!

Hilfswerk Akademie,
Tel.: 05 9249-34113,
hilfswerk.akademie@noe.hilfswerk.at
www.noe.hilfswerkakademie.at

KOMMUNAL
IMPULS
2024

EINREICHEN, MITMACHEN, GEWINNEN!

Bis 7.6. können Sie Ihr Projekt für den Kommunal-Impuls-Award anmelden!

Mit dem **Kommunal IMPULS Award** prämieren wir 2024 wieder jene Gemeinden, die mit ihren innovativen Projekten zu Impulsgebern unserer Zeit werden.
In fünf Kategorien können Sie Ihr innovatives kommunales Projekt einreichen.

Die Gewinner des Kommunal IMPULS dürfen das IMPULS Gütesiegel für ihre Gemeinde verwenden und erhalten eine Plakette und Zusatzschilder für ihre Ortstafeln. Umfangreiche Berichterstattung in Print- und Onlineformaten im KOMMUNAL sorgen für Aufmerksamkeit! Der Gesamtsieger erhält zusätzlich einen wertvollen Sachpreis zur Verfügung gestellt von unseren Sponsoren.

Der KOMMUNAL-IMPULS findet im Rahmen der Kommunalmesse und des Gemeindetages 2024 am 18.9.2024 in Oberwart statt

5 IMPULS Award Kategorien

Baukultur Gesucht sind inspirierende Ideen und kreative Lösungen in der planerischen Gestaltung und Ortsentwicklung, die den kommunalen Lebensraum nachhaltig verbessern. Die Bewahrung des baulichen Erbes und Integration zukunftsweisender Technologien stehen im Fokus, ebenso wie konkrete, langfristige Lösungen im Bereich der Ingenieurskunst und Architektur. Beispiele: Ortskernentwicklung, Hochbau und Tiefbau, kommunale Bauten (Schulen, Krankenhäuser, Feuerwehr etc.), Wohnbau, Hochwasserschutz, Abwasserentsorgung, Wasserversorgung, Gestaltung des öffentlichen Raumes uvm.

Europa Gefragt sind wegweisende Projekte zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und Integration, sowie Initiativen, die dazu beitragen Europa zukunftsorientiert zu gestalten und grenzüberschreitende Herausforderungen gemeinschaftlich anzugehen.

1 2 3 4 5

Resilienz & Digitalisierung
Die Resilienz von Gemeinden ist entscheidend für ihre Fähigkeit, auf Krisen und Notfälle zu reagieren. Mit einem effektiven Notfallplan und vorbereiteten Maßnahmen können Gemeinden auf Herausforderungen wie Stromausfälle, Naturkatastrophen und Cyberattacken besser reagieren.
Ein resilienter Ansatz stärkt die Gemeinden und schützt ihre Bürger in Krisenzeiten.

Soziales Prämiert werden Innovative Ansätze, die das soziale Gefüge in Gemeinden stärken, Projekte, die Lösungen für soziale Herausforderungen bieten, nachhaltig sozialen Zusammenhalt fördern und das Wohlbefinden der Gemeindebürger steigern.

Umwelt und Nachhaltigkeit
Ausgezeichnet werden herausragende Maßnahmen zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks in der Gemeinde. Innovative Ansätze zur nachhaltigen Ressourcennutzung, zum Umweltschutz und zur Energieeffizienz.

Jetzt einreichen auf
kommunal-impuls.at

AKADEMIE 2.1

Jetzt für **Kommunalmanager-Lehrgang 2024/25** anmelden

Programm für aktive Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Der Lehrgang wird so gestaltet, dass er mit dem Gemeinderatswahlkampf vereinbar ist.

Der Leitsatz der Akademie 2.1 lautet, „Politik ist ein Handwerk. Wir liefern das Werkzeug." Der mehrteilige Lehrgang bietet ein abgestimmtes Programm, das sich an aktive Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker – vorrangig Gemeinderäte, Vizebürgermeister und Bürgermeister – richtet, die ihr Wissen in rechtlichen Belangen wie auch der Persönlichkeitsbildung vertiefen wollen. Ab sofort können sich Interessierte in der Akademie 2.1 für das Hearing anmelden. Der Lehrgang wird so gestaltet werden, dass er mit dem Gemeinderatswahlkampf vereinbar ist.

Der Lehrgang setzt sich aus den folgenden Modulen zusammen

(Änderungen Inhalte vorbehalten):

- **Modul 1 (4.10. bis 5.10.2024):** Strategische Parteiarbeit I & Gemeindeordnung in der Praxis
- **Modul 2 (18.10. bis 19.10.2024):** Resilienztraining & Kommunales Projektmanagement
- **Modul 3 (8.11. bis 9.11.2024):** Finanzhaushalt & Projektfinanzierung
- **Modul 4 (29.11. bis 30.11.2024):** Strategische Parteiarbeit II & Öffentlichkeitsarbeit
- **Modul 5 (14.2. bis 15.2.2025):** Rhetorik I „souverän & sicher auftreten"
- **Modul 6 (7.3. bis 8.3.2025):** Meine Projektarbeit & Social Media für Praktiker
- **Modul 7 (4.4. bis 5.4.2025):** Finanzausgleich, Raumordnung & Baurecht
- **Modul 8 (25.4. bis 26.4.2025):** Teamführung & Umgang mit Konflikten
- **Modul 9 (23.5. bis 24.5.2025):** Juristisches Handwerkszeug – Praxisanwendungen
- **Modul 10 (13.6. bis 14.6.2025):** Rhetorik II „Interview & Präsentation"

Die Module starten jeweils um 16:00 Uhr, fallweise gibt es Abendeinheiten oder Hintergrundgespräche. Die Kosten für den Lehrgang betragen 980 Euro (exkl. Nächtigungen). Die Veranstaltungsorte werden noch bekanntgegeben.

Da die Plätze begrenzt sind, werden die Bewerberinnen und Bewerber nach Einlangen ihrer Unterlagen (Lebenslauf, Foto & Motivationsschreiben) zu einem Hearing (10./11. September 2024) eingeladen. Eine Jury entscheidet dann, ob man in den Lehrgang aufgenommen wird oder nicht.
Für den erfolgreichen Abschluss des Lehrgangs sind die Module (mindestens 80 Prozent der Seminartage) zu absolvieren, eine Abschlussarbeit zu schreiben und eine Projekt-Präsentation (23./24. Juni 2025) darüber zu halten.

Bewerbungen oder Fragen zum Programm können jederzeit an **nicole.kerck@akademie21.at** gesendet werden.

Seminar-Empfehlungen für die bessere Zielgruppen-Ansprache

Mit dem Seminar „Du suchst Kandidaten für die GRW? Optimiere deine Zielgruppenansprache!" am 6. Mai sowie am 18. Juni gibt es ein Format, das sich in erster Linie an Gemeindeparteiobleute richtet, die ihre Zielgruppen-Ansprache verbessern möchten. In diesem Workshop erfährt man, wie gezielt verschiedene Generationen angesprochen werden können, um nicht nur Wähler, sondern auch engagierte neue Mandatsträger zu gewinnen.

SEMINARE UND WEBINARE

11.7. **Impulsvortrag: „Kampagnendesign"**
mit Herbert Schürz

28.8. **Impulsvortrag: „Kampagnendesign"**
mit Herbert Schürz

5.9. **Webinar: 1 x 1 der Pressearbeit**
Hilfreiche Tipps & Tricks

7.9. **Seminar: Grundlagen des Grafikdesigns für Wahlkampagnen**

16.9. **Webinar: Gemeindeordnung II**
Regeln und Pflichten (Basic)

Service

WhatsApp-Broadcast der Akademie 2.1

Die Bildungsakademie bietet als Informationskanal einen WhatsApp-Dienst an. Wer unregelmäßig, aber gezielt Informationen zum Programm, den Lehrgängen oder den aktuellen Aktionen erhalten möchte, sollte sich unbedingt anmelden:

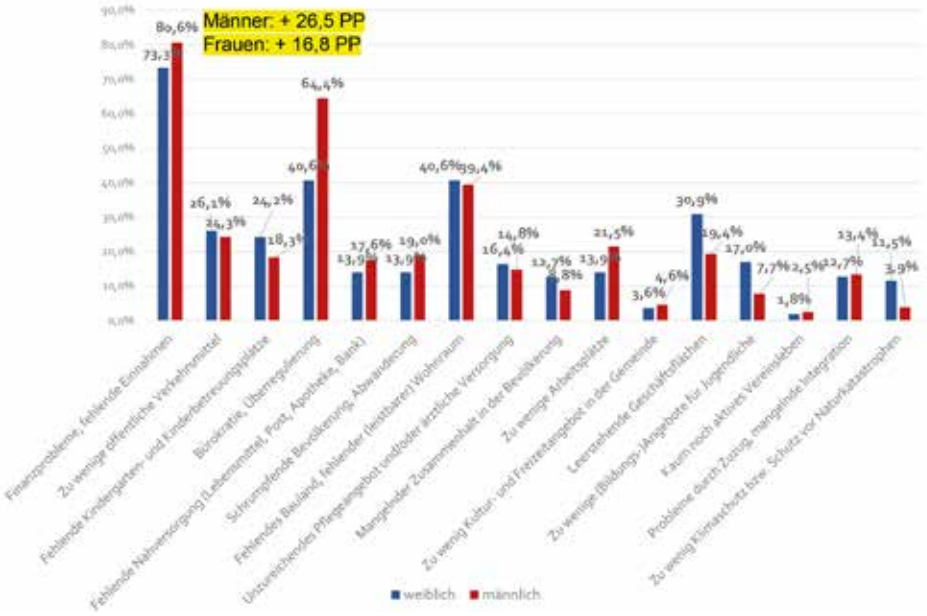
- 1. Schritt: 0664 884 715 48 als „Akademie 2.1" im Handy speichern
- 2. Schritt: WhatsApp-Nachricht mit Vor- und Zunamen senden

Information

Akademie 2.1
02742 / 9020 – 1620
office@akademie21.at
www.akademie21.at

Was Bürgermeisterinnen und Bürgermeister belastet

Eine von der Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle durchgeführte Befragung von 451 österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie (nur weiblichen) Vizebürgermeisterinnen zeigt: Die aktuell größte Herausforderung der Gemeinden ist die schwierige finanzielle Lage, gefolgt von der überbordenden Bürokratie und Sorgen um fehlendes Bauland bzw. Wohnraum. Die Belastungen im Bürgermeister-Amt sind laut eigener Einschätzung gestiegen, und bei der Förderung von Frauen und Jugend herrscht Aufholbedarf.
Ziel der Umfrage war auch, mögliche Hebel zur Frauen- bzw. Jugend-Nachwuchsförderung zu identifizieren. Hier zeigt sich, dass vor allem die persönliche Ansprache von potenziellem Polit-Nachwuchs als wirksam gesehen wird. „Es fällt auf, dass Frauen sich hauptsächlich in Frauenorganisationen engagieren und Männer in Jugendorganisationen.
Wichtig wäre, dass Förderung von Frauen nicht nur als Verantwortung von Frauen gesehen wird und vor allem systematischer erfolgt und nicht nur durch sporadische persönliche Ansprache“, so Stainer-Hämmerle.



Tipps zur Wartung von Spielplätzen und Schulhöfen

Bei Neuerrichtung eines Spielplatzes oder eines Schulhofes gibt es vieles zu beachten, um die Sicherheit selbst bei starker Benützung stets zu gewährleisten. Aber auch bei der Pflege, Instandhaltung und regelmäßigen Wartung sind einige sicherheitstechnische Normen und Richtlinien einzuhalten. Das Praxisseminar mit dem Titel „Spielen, aber SICHER!“ klärte die rund 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die richtige Wartung und Instandhaltung von Spielplätzen und Schulhöfen auf.
Ziel des eintägigen Seminars war es, Gemeindebedienstete, Gemeindevertreter, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, Schulleitungen und Schulwarte – also jene, die sich mit der regelmäßigen Kontrolle und Pflege eines Spielplatzes beschäftigen – über ihre verantwortungsvollen Aufgaben auf dem Laufenden zu halten.
Der in neuer Auflage erschienene Leitfaden „Spielen, aber SICHER!“ soll ergänzend dazu helfen, einen Überblick über die wichtigsten sicherheitstechnischen Anforderungen sowie über Pflege und Wartung von Spielplätzen und Spielgeräten zu gewinnen.
Neben Bestimmungen der Normen, praxisnahen Tipps und wertvollen Informationen für all jene, die Erhalter von Spielplätzen und Schulhöfen sind, finden sich darin auch wertvolle Checklisten.

Information

D. Leitfaden kann unter **www.noe-familienland.at** heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:
NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656
Internet: www.noegemeindebund.at
Mit der Herausgabe beauftragt:
Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poyssl

Medieninhaber:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0
Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Oswald Hicker, Daniela Linauer
Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at
Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0
Martin Pichler,E-Mail: martin.pichler@kommunal.at
Martin Mravlak, E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at
Oliver Vogel, E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at
Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust
an folgende Zielgruppen in NÖ:
Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.
Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

PEFC-zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
PEFC
PEFC/06-39-08
www.pefc.at

Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Walstead Let's Print Holding AG, UW 808

WIR
GESTALTEN
ÖSTERREICH
KOMMUNAL
MESSE 2024
18.–19.09.2024
OBERWART
INFOS AUF
DIEKOMMUNALMESSE.AT
GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.